

Wer *demoskopisch* über Ereignisse wie die Ende 1988/Anfang 1989 realistischen Aufschluß erhalten will, muß mindestens vier Bezugsgrößen heranziehen: die Reaktion der Bevölkerung insgesamt (als Außenadressat), die der Katholiken insgesamt, die der Gottesdienstgemeinden und – als davon nochmals abzuhebende Größe – die *der kirchlichen Kernschichten*, also derjenigen, die durch ihren persönlichen und amtlichen Einsatz die Kirche auch als soziales Gebilde tragen. Die Kernschichten vor allem waren von den Konflikten um die Kölner Ereignisse am unmittelbarsten betroffen.

Auch der Veröffentlichungsmodus läßt zu wünschen

Natürlich war die „Kölner Erklärung“ vor allem kirchliches „Binnenereignis“. Aber wenn 20 Prozent aller Katholiken und 31 Prozent der regelmäßigen Gottesdienstbesucher von der „Kölner Erklärung“ gehört haben, dann ist das nicht „erstaunlich wenig Beachtung“ für eine Erklärung von Theologen, die ja auch innerhalb des Binnenkirchlichen nochmals eine akademische Sondergruppe darstellen,

sondern ein *erstaunlich hoher Bekanntheitsgrad*. Für den Beweis des Gegenteils reicht da selbst die von Allensbach gepflegte und auch nicht in jeder Beziehung falsche These nicht aus, die Medien reproduzierten nur ihre eigene Meinung, was Volksmeinung sei und was wie wirklich interessiere, wußten nur die Demoskopien.

Wie wär's also, wenn bischöfliche Dienststellen ihre demoskopische Abhängigkeit ein wenig diversifizierten und es auch einmal mit anderen Instituten versuchten? Und wer ernst genommen werden will – u. a. von Journalisten –, sollte auch über den *kirchlichen Veröffentlichungsmodus demoskopischer Daten* neu nachdenken: Seit Oktober lagen die Allensbacher Auswertungen vor; im November hatten die Bischöfe das Material mit im Reisegepäck zu ihrem Gespräch mit dem Papst in Rom. Seither sickerten immer wieder ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Details durch. Zugänglich gemacht wurden die Daten vom Sekretariat der Bischofskonferenz bis heute nicht. Punktuell und teilweise gezielt publiziert wurde trotzdem, meist wohl – nicht immer – im Sinne des Auftraggebers. Aber wem ist eigentlich mit so viel Geheimniskrämerei gedient?

D. S.

jahr 1980 (vgl. HK, Juni 1980, 277 ff.): Seinerzeit hatte er schon einmal kurz im damaligen Obervolta Station gemacht und dabei an die Weltöffentlichkeit einen Appell zugunsten der von Dürre und Versteppung bedrohten Sahelzone gerichtet.

Sahelstiftung und afrikanische Synode

Diesmal erneuerte Johannes Paul II. bei einer Veranstaltung am Sitz der *Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft in Ouagadougou*, der Hauptstadt von Burkina Faso, diesen Aufruf, wobei er beim Rückblick auf die in den vergangenen zehn Jahren geleistete Hilfe ausdrücklich die „Stiftung Johannes Paul II. für die Sahelzone“ erwähnte. Sie war 1984 gegründet worden und erhielt ihr Grundkapital aus den Spenden der deutschen Katholiken anlässlich des Papstbesuchs in der Bundesrepublik im November 1980 (vgl. HK, Juli 1984, 301 f.). Bei der Feier in Ouagadougou rief der Papst die Menschheit dazu auf, die Hungernden in Afrika nicht zu vergessen, ihnen nicht „das allgemeingültige Recht auf Menschenwürde und Sicherheit für ihr Leben“ zu verweigern (Osservatore Romano, 30.1.90). Die reichen Länder dürften in den ärmsten Ländern nicht nur Kunden oder Schuldner sehen, sondern müßten partnerschaftliche Beziehungen mit ihnen entwickeln. Gleichzeitig appellierte Johannes Paul II. an die politischen Verantwortlichen der afrikanischen Staaten, ihr Amt als „authentischen Dienst an der Bevölkerung“ auszuüben. Die Verantwortlichen sollten die wirklichen Bedürfnisse ihrer Mitbürger, deren grundlegende Wünsche und ihren Willen achten, voll und ganz an der eigenen Emanzipation mitzuwirken.

Einen deutlichen *gesamtafrikanischen* Akzent hatte die Papstreise auch in kirchlicher Hinsicht. Johannes Paul II. nahm fast in jeder seiner Predigten und Ansprachen zwischen den Kapverden und dem Tschad Bezug auf die von ihm vor einem Jahr angekündigte *Sondervollversammlung der Bischofssynode für Afrika* (vgl. HK, Fe-

Johannes Paul II.: Besuch in Ländern der Sahelzone

Die erste Auslandsreise Johannes Pauls II. in diesem Jahr, die den Papst vom 25. Januar bis zum 1. Februar auf die Westafrika vorgelagerten Kapverdischen Inseln, nach Guinea-Bissau, Mali, Burkina Faso (das frühere Obervolta) und in den Tschad führte, konnte nicht mit spektakulären Höhepunkten aufwarten. Sie galt kleinen, mit Ausnahme der fast rein katholischen Kapverden minoritären Ortskirchen in armen, weltpolitisch praktisch unbedeutenden Entwicklungsländern. Dementsprechend dürftig fiel auch – gerade in den deutschen Medien – die Berichterstattung aus. Johannes

Paul II. allerdings liegt, das zeigte auch die jüngste Reise, die Kirche auf dem afrikanischen Kontinent besonders am Herzen. Es handelte sich immerhin schon um die *sechste Afrikareise* des Papstes. Die letzte, sie galt Madagaskar, La Réunion, Sambia und Malawi, liegt erst ein Dreivierteljahr zurück (vgl. HK, Juni 1989, 251 ff.); ein weiterer Besuch in Afrika (vermutlich mit Stationen in Tansania und Burundi) ist für Ende 1990 in Aussicht genommen. Mit dem jetzigen Aufenthalt in Burkina Faso schlug der Papst im übrigen einen Bogen zurück zu seiner ersten Reise nach Afrika im Früh-

bruar 1989, 53 f. und ds. Heft, S. 132 f.). Er betonte dabei jeweils die Bedeutung der Synode und ihrer Hauptthemen (vor allem Inkulturation und Evangelisierung) für den zukünftigen Weg der Kirche in Afrika und forderte die Gläubigen auf, sich an der Vorbereitung der Synode durch Eingaben und Vorschläge an ihre Bischöfe zu beteiligen. Er hoffe, so der Papst in seiner Predigt im Stadion von Bamako, der Hauptstadt von Mali, daß die afrikanische Kirche an der Schwelle zum dritten Jahrtausend die Frohe Botschaft Christi mit einer „erneuerten Dynamik“ verkünden werde, in einer lebendigen Begegnung des Evangeliums mit den authentischen afrikanischen Werten ... Diese Sondervollversammlung betrifft euch alle“ (Osservatore Romano, 29.1.90).

In Mali stellen die ca. 80 000 Katholiken nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung; 90 Prozent der 8,7 Millionen Einwohner sind Muslime. Der Papst nahm in seiner Predigt in Bamako denn auch zum *christlich-muslimischen Verhältnis* Stellung: Er freue sich über das gute Klima, das in Mali zwischen der muslimischen Mehrheit und der katholischen Minderheit herrsche; der christlich-muslimische Dialog sei heute notwendiger denn je. Bei der Begegnung mit den Bischöfen des Landes hob Johannes Paul II. hervor, die Muslime seien „Träger authentischer religiöser Werte, die wir erkennen und respektieren müssen“ (Osservatore Romano, 29.1.90). Es sei allerdings manchmal schwierig, für den Dialog eine gemeinsame Sprache und repräsentative Gesprächspartner zu finden. Im Blick wohl vor allem auf arabische Länder fügte der Papst hinzu, teilweise gebe es „starke Widerstände gegenüber dem Prinzip der Gegenseitigkeit bei der gegenseitigen Anerkennung des Rechts auf die Freiheit des Gewissens und der Religionsausübung“.

Auch bei der Ankunft im *Tschad*, dessen Bevölkerung etwa zur Hälfte muslimisch ist (die Katholiken stellen knapp sechs Prozent; die übrigen sind meist Animisten), äußerte Johannes Paul II. den Wunsch, Christen und Muslime sollten ein „immer konstruk-

tiveres Zusammenleben“ entwickeln. Der Papst hob außerdem das Engagement der Katholiken für die Entwicklung des Landes hervor. Tatsächlich hat die Kirche nicht nur im Tschad, sondern auch in den beiden anderen von Johannes Paul II. besuchten Ländern der Sahelzone durch ihre *Sozial- und Bildungseinrichtungen* ein größeres Gewicht, als es die bescheidenen Katholikenzahlen vermuten lassen. So unterhält die Kirche im Tschad 33 Grund- und 11 Mittelschulen, zwei Krankenhäuser und 25 Ambulatorien. In Mali sind es sechs Krankenhäuser und 21 Ambulatorien, 34 Grund- und 25 Mittelschulen. Die entsprechenden Zahlen für Burkina Faso, wo die Katholiken ca. 9 Prozent der Bevölkerung ausmachen (20 Prozent sind Muslime, die Mehrheit gehört den afrikanischen Stammesreligionen an): zwei Krankenhäuser, 21 Ambulatorien, 18 Waisenhäuser; sieben Grund- und 21 Mittelschulen (alle Angaben nach: *La Civiltà Cattolica*, 6. 1. 90).

Politische Zurückhaltung geübt

Die *politischen Verhältnisse* in den Ländern, die der Papst besuchte, entsprechen denen in den meisten afrikanischen Staaten: es besteht meist nur eine Staatspartei, vielfach sind die nach der Unabhängigkeit von den früheren Kolonialmächten etablierten Regierungen durch Militärputsche abgelöst worden. Der jetzige Präsident von Guinea-Bissau (bis 1973 portugiesische Kolonie), *João Bernardo Vieira*, kam 1980 durch einen Staatsstreich an die Macht, im gleichen Jahr wie der Präsident der ebenfalls früher portugiesischen Kapverden, *Aristides Pereira*, dessen Partei alle 83 Sitze des Parlaments innehat. Auch in Mali stellt die „Demokratische Union des Volkes von Mali“ alle Parlamentarier. Präsident *Blaise Campaoré* übernahm in Burkina Faso 1987 nach einem Militärputsch gegen seinen Vorgänger *Thomas Sankara* die Macht, der Tschad litt in den letzten Jahren unter militärischen Auseinandersetzungen (mit Beteiligung Libyens) zwischen rivalisierenden Gruppen.

Johannes Paul II. blieb auch bei seiner jüngsten Reise dem Prinzip treu, sich nur *zurückhaltend-indirekt* zu den politischen Zuständen der von ihm besuchten Länder zu äußern. Im – nominell – marxistischen *Guinea-Bissau* hielt er bei der Ankunft eine weit ausholende Grundsatzrede zum Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft und betonte bei der Messe im Nationalstadion, die Kirche des Landes (etwa fünf Prozent der 900 000 Einwohner sind katholisch; der muslimische Anteil beläuft sich auf ca. 30 Prozent) durchschreite mit allen seinen Bürgern den „schwierigen Weg der Befreiung, der Erlangung und Förderung der grundlegenden Menschenrechte“ und teile das gemeinsame Bemühen um eine „authentische gesellschaftliche und wirtschaftliche Solidarität und Zusammenarbeit als Frucht der Überwindung fester und einengender Ideologien“ (Osservatore Romano, 28.1.90). An allen Stationen seiner Reise appellierte der Papst an die katholischen Laien, ihre Verantwortung für die Zukunft ihrer Länder wahrzunehmen.

Auch bei seinem jüngsten Afrikabesuch unterließ es Johannes Paul II. nie, an die Anfänge der katholischen Kirche im jeweiligen Land zu erinnern und die Arbeit der Missionare als Fundament für die Entwicklung der afrikanischen Ortskirchen zu loben. Überhaupt waren die Predigten und Ansprachen des Papstes weitgehend aus *gewohnten Versatzstücken* zusammengesetzt. Wie überall auf der Welt warnte er die Jugendlichen auch in Mali vor den „Händlern mit Ideologien“ und dem „illusorischen Glück“ bzw. in Guinea-Bissau vor den falschen Göttern „Macht, Reichtum und Erotismus“.

Der Hinweis auf die „Zivilisation der Liebe“ als Ziel der gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung fehlte ebenso wenig wie die Verteidigung der Würde und Unauflöslichkeit der Ehe: „Christus verkündigt die Einheit der ehelichen Liebe und ihre absolute Treue in einer Welt, in der andere Spielarten der Moral und Kultur auftauchen: einer Welt, die *Traditionen der Polygamie* akzeptierte und die Ge-

ringschätzung der Frau duldet, die vielfach mehr als Objekt denn als Person betrachtet wurde“ (Osservatore Romano, 28.1.90, Predigt in Bissau). Bei manchen Passagen der Papstansprachen hatte man den Eindruck, daß sich ihre Verfasser wenig Gedanken über die spezifische Situation der besuchten Länder gemacht hatten: Wie hätte Johannes Paul II. sonst auf den armen Kapverden u. a. zum Kampf gegen den „Mythos des wirtschaftlichen Fortschritts“ aufrufen können!

Solidarität für Afrika gefordert

Seine letzte Ansprache vor dem Rückflug nach Rom schloß der Papst mit der Bitte an Gott, er solle den Afrikanern ermöglichen, „mit Weisheit die ihnen auferlegten Prüfungen zu bewältigen und die Unterstützung der ganzen solidarischen Menschheit zu erhalten“ (Osservatore Romano,

2.2.90). Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Situation vieler afrikanischer Länder in den letzten Jahren verschlechtert, machen sich immer stärker die Folgen politischer Instabilität, fehlgeleiteter Entwicklungsstrategien, mangelnder Effizienz und Gemeinwohlorientiertheit bemerkbar. Dazu kommen die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und (für die Länder der Sahelzone) die Bedrohung der Lebensräume durch das Vordringen der Wüste. Auf diesem eher düsteren Hintergrund hat es seinen guten Sinn, wenn Johannes Paul II. internationale Solidarität für Afrika einfordert und durch seine Reisen den katholischen Ortskirchen des Kontinents den Rücken stärkt. Das derzeit auf Mittel- und Osteuropa gerichtete Interesse der westlichen Welt enthebe den hochentwickelten Norden nicht von seiner Verantwortung gegenüber den Entwicklungsproblemen des Südens, so der Papst in einem Gespräch mit Journalisten während seiner jüngsten Reise. U.R.

Peru: Die Gewalt wächst mit der Not

Im Blick auf die Präsidentschaftswahlen im April haben die Bischöfe Perus Anfang Februar dringend an alle politisch Verantwortlichen appelliert, um des bedrohten Gemeinwohls willen gemeinsam die schweren Probleme des Landes anzugehen. Dazu zählen sie in ihrer Erklärung vom 1. Februar Terrorismus und Drogenhandel, die durch politische Gewalt verursachte Landflucht, Unmoral und Korruption. Vorrangiges politisches Ziel aller Parteien müsse die Bekämpfung von Armut, Hunger und Inflation sein. Es ist nicht die erste Stellungnahme des peruanischen Episkopats zur Lage der Nation. Ein Grundsatzdokument vom April 1989 „Peru, wähle das Leben“, auf das in späteren Erklärungen jeweils verwiesen wird, erhob ähnliche Forderungen, und der Schriftsteller *Mario Vargas Llosa*, aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaft, formuliert die Hauptprobleme seines

Landes in zahlreichen Interviews nicht wesentlich anders. Perus wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren der Regierung *Alán Garcías* – bei seinem Amtsantritt 1985 als politischer Hoffnungsträger gefeiert – drastisch verschlimmert. Preissteigerungen und 4000 Prozent Inflation im vergangenen Jahr treiben die nahezu zwei Drittel der peruanischen Bevölkerung, die unterbeschäftigt oder dem informellen Sektor zuzurechnen sind, in die Verelendung. Seit 1973 ist die Kaufkraft um 72 Prozent zurückgegangen. Mitte 1989 deckte das Durchschnittseinkommen nur noch 29 Prozent des zum Überleben notwendigen „Einkaufskorbes“ ab. Peru steht mit seinem Kalorienverbrauch an siebtlezter Stelle in der Welt, in der Kindersterblichkeit an dritter Stelle; die Tuberkulose-Fälle nehmen sprunghaft zu. Die Entscheidung *Garcías* von 1986,

die hohe Verschuldung Perus mit höchstens 10 Prozent der jährlichen Exporterlöse zu tilgen, hat das Land auf dem Weltmarkt isoliert. Der Internationale Währungsfonds hat Peru daraufhin für kreditunwürdig erklärt und vor kurzem die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel angeregt – als Maßnahme zur wirtschaftlichen Stabilisierung.

Der verklärte Marxismus des „Sendero Luminoso“

Die ruinöse Wirtschaftslage und ihre verheerenden sozialen Folgen haben seit 1988 zu einem Ansteigen der politischen Gewalt geführt. Mindestens *15 000 Menschenleben in zehn Jahren* hat der Krieg zwischen Aufständischen und Regierungstruppen gekostet. Nach einer von peruanischen Menschenrechtsorganisationen veröffentlichten Statistik wurden von Januar bis August 1989 791 Menschen Opfer der Guerilla. 797 „mutmaßliche Subversive“ wurden von Militär und Polizei getötet. 184 Soldaten und Polizisten starben bei militärischen Auseinandersetzungen; 10 Morde von paramilitärischen Gruppen wurden bekannt. Von staatlichen Ordnungskräften verübte politische Morde werden in der Statistik nicht aufgeführt.

Der seit 1980 vor allem in der Süandenregion operierende „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) definiert sich selbst als bewaffneter Arm der kommunistischen Partei Perus. Er hängt aber einem ebenso radikalen wie nationalmythisch verklärten Marxismus an, der die existierenden kommunistischen Systeme ausnahmslos als „reaktionär“ und „sozialimperialistisch“ ablehnt. Der „Sendero Luminoso“ propagiert die systematische Zerschlagung des Staates und seiner Strukturen; „aus der Asche“ will er ein „neues Peru“ errichten. In den kontrollierten Gebieten – ein Viertel bis ein Drittel des Landes – herrscht eine rigide Sozialmoral: Raub, Ehebruch, Prostitution stehen unter drakonischen Strafen. Zwangsrekrutierte junge Männer, zum Teil noch Kinder, werden mit eiserner Disziplin trainiert.